



Hamburg

ABGESCHOLZT

**Der Hamburger Haushalt unter  
dem Diktat der Schuldenbremse**

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

## Inhalt

Solide Finanzen – aber wie? .....	3
Rotstiftpolitik in Hamburg .....	4
»Politische Gestaltung« in der sozial gespaltenen Stadt .....	6
Armes Reiches Hamburg .....	6
Soziale Stadtteilentwicklung – neuerdings ein Fremdwort .....	7
Aktive Arbeitsmarktpolitik – Fehlanzeige .....	8
Sparschwein Sozialpolitik .....	9
Bezirke – Entkommunalisierung .....	10
Soziale Wohnungspolitik – bloßes Wortgeklingel: Schon 5.400 Hamburger sind ohne Wohnung .....	11
Stellschraube Personalkürzungen .....	11
Stellschraube Globale Mehr-/Minderausgaben .....	12
Stellschraube Investitionen .....	13
Haushaltsrisiko Öffentliche Unternehmen und Sondervermögen .....	15
Ausblick .....	16
Glossar .....	19

Herausgegeben von der  
Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft

Autoren:

Joachim Bischoff, Norbert Hackbusch, Bernhard Müller, Norbert Weber

# Vernünftig Regieren?

## Der Hamburger Haushalt unter dem Diktat der Schuldenbremse

### Solide Finanzen – aber wie?

Die Hamburger SPD hat das Thema »Solide Finanzen« im Wahlprogramm, im Arbeitsprogramm und in jeder großen Rede an die erste Stelle gerückt. In einem Stadtstaat, den allein im Kernhaushalt eine Schuldenlast von 24 Mrd. Euro drückt, und der nahezu jeden zehnten Euro seiner Einnahmen nur für Zinsen ausgibt, müsse mit der Pumperei Schluss sein. Es gelte, ohne neue Kredite auszukommen – unabhängig von der gesetzlich vorgeschriebenen Schuldenbremse.

Aber gegenwärtig reichen die Einnahmen der Hansestadt nicht aus, um die Aufgaben und das dazu notwendige Personal ohne Kredite zu bezahlen. Das Ziel, ohne Neuverschuldung auszukommen, soll 2019/2020 erreicht werden. Die zielführende Überlegung: Wenn wir in den nächsten Jahren die Ausgaben langsamer steigen lassen als die zu erwartenden Einnahmen, kann die Konsolidierung ohne soziale Grausamkeiten auskommen. Also keine Sparlisten und brutalen Absenkungen bei den Gehältern der öffentlichen Beschäftigten und RentnerInnen. Die Ausgaben dürfen von Jahr zu Jahr nie um mehr als ein Prozent steigen, und für jede neue Ausgabe muss die gleiche Summe an anderer Stelle eingespart werden – entsprechend dem bei Bill Clinton abgekupferten Prinzip »Pay as you go«.

Es stellt sich allerdings die berechtigte Frage: Werden die politischen Grausamkeiten erträglicher, wenn sie auf mehrere Jahre verteilt werden? Wer, d.h. welche Bevölkerungsgruppen, werden von den Einsparungen getroffen? Und: Kann auf diese Weise die Pumperei tatsächlich beendet werden?

DIE LINKE lehnt die Schuldenbremse grundsätzlich ab. Auch wir wollen geordnete öffentliche Finanzen. Aber eine Kürzung von Ausgaben ist eine unrealistische, unsoziale Politik. Alle Kommunen können faktisch die gesetzlichen Aufgaben und die unverzichtbaren Investitionen nicht ohne Kredite finanzieren. Die gesetzlichen Ausgaben für Sozialleistungen sind in den letzten Jahren zwischen 8% und 10% pro Jahr angewachsen, sodass selbst mit Steuerungs Eingriffen des Senats Kostenrisiken bleiben.

Wir treten daher für eine sozial gerechtere Steuerpolitik ein: stärkere Besteuerung der hohen Einkommen, Einführung einer Gemeindefinanzsteuer, höhere Unternehmens- und Vermögenserträge. Der Ankauf von Datensätzen von Steuerflüchtlings etc. belegt, dass der Steuervollzug massive Lücken auf-

**Ziel ist, bis 2019/2020 ohne Neuverschuldung auszukommen**

**DIE LINKE lehnt die Schuldenbremse ab**

- 4 weist, und daher muss und kann der Steuervollzug in der Hansestadt verbessert werden.

## Rotstiftpolitik in Hamburg

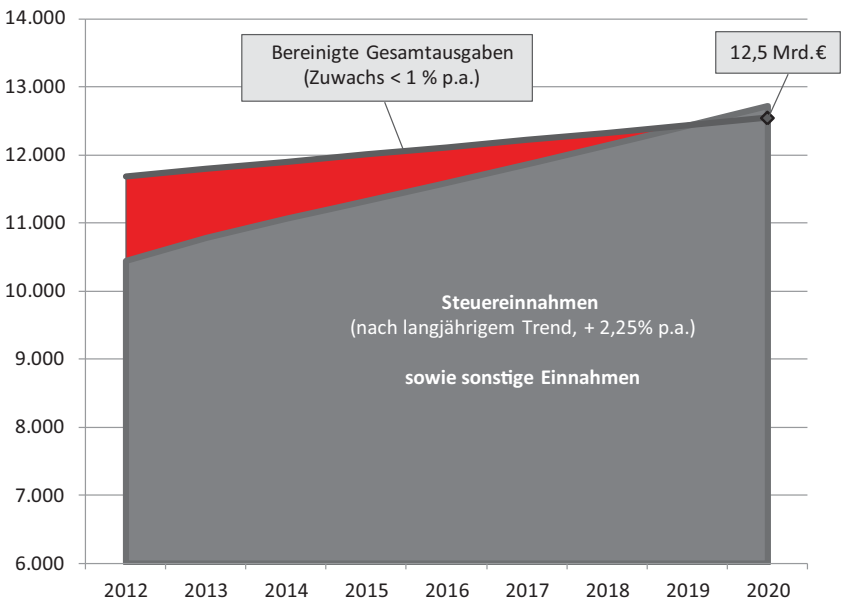
Die Beratungen über den Doppelhaushalt 2013/2014 und die Finanzplanung 2012-2016 erfolgen erneut unter dem Diktat der »Schuldenbremse«, die von der SPD und den anderen Parteien gegen den Protest der Linkspartei zusätzlich zum Grundgesetz auch in der Landesverfassung verankert wurde.

**Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben geht nur, wenn die Einnahmen erhöht werden**

Nach bestehender Rechtslage muss bis 2019 ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden, d.h. es dürfen dann keine neuen Kredite mehr aufgenommen werden. Dieser Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben ist nur möglich, wenn in den nächsten Jahren die Einnahmen in der Tendenz deutlich über den Ausgaben liegen. Bei unterstellter gleichbleibender Steuergesetzgebung rechnet der Senat mit einem konjunkturbereinigten Zuwachs der Steuereinnahmen von jährlich 2,25%. Um zu einem Haushalt ohne Neuverschuldung zu kommen, dürfen in dieser Logik die Ausgaben jährlich nur mehr um 0,9% wachsen.

Die Anhänger der Schuldenbremse sehen eine Verbesserung der Einnahmen – sei es durch entschiedeneren Steuervollzug (alle Einkommen müssen zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben herangezogen werden), sei es durch ein

## Haushaltsentwicklung bis 2020 (in Mio. Euro)



Quelle: Freie und Hansestadt Hamburg, Finanzbericht 2012/2014, S. 13

gerechteres Steuersystem (Vermögenssteuer) – als nachrangig an. Im Zentrum steht die »Anpassung« der Ausgaben. Eine faktische Koalition aus SPD, Grünen und FDP hat daher bei der Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung für den Anpassungszeitraum bis 2019/2020 gleich eine Finanzplanung mit gesetzlich festgelegten *Ausgabenobergrenzen* festgeschrieben. Das Finanzrahmengesetz, in dem diese Einschränkung des Budgetrechtes konkretisiert werden soll, liegt allerdings bisher nicht vor.

Obwohl die Steuereinnahmen und die übrigen laufenden Einnahmen in den Jahren 2013 und 2014 deutlich über diesen Planwerten liegen, werden die Ausgaben schon für den Haushalt 2013/2014 an der strikten Konsolidierungsvorgabe ausgerichtet. Dies obwohl bei den sonstigen Einnahmen aus der im Rahmen des Fiskalpakts vereinbarten Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund dem Hamburger Haushalt 2013 135 Mio. Euro und 2014 190 Mio. Euro zufließen. So soll der Gesamtetat von 12,01 Mrd. Euro im Jahr 2013 nur mehr um 0,9% auf 12,14 Mrd. Euro 2014 wachsen. Da über 70% des Haushalts (Personal, gesetzliche Leistungen, Zinsen, aber auch die Verpflichtungen aus den diversen ÖPP- bzw. PPP-Projekten) feststehen, muss in den verbleibenden Bereichen um so rigorosier gespart werden. Gleichwohl behauptet der Senat: »Die Einhaltung der Schuldenbremse bedeutet keinen Verzicht auf politische Gestaltung. Nach wie vor können politische Schwerpunkte gesetzt und finanziert werden – beispielsweise beim Ausbau der Kindertagesbetreuung, der Abschaffung von Studiengebühren oder der Förderung des Wohnungsbaus.« Dies funktioniert allerdings nur zulasten anderer Bereiche.

**Die Schuldenbremse ist Verzicht auf politische Gestaltung**

Von der behaupteten »politischen Gestaltung« kann im Kernhaushalt aufgrund der rigorosen Sparvorgaben keine Rede sein, wohl aber in den Schattenhaushalten der diversen Sondervermögen und der öffentlichen Unternehmen (vor allem der Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement GmbH, HGV), über die der Senat gerade in diesem Jahr teure politische Operationen abgewickelt hat. So hat die Stadt in diesem Jahr locker ca. eine Mrd. Euro für den Kauf des 25,1%-Anteils an den Energienetzen (etwa 544 Mio. Euro) und für die Erhöhung der städtischen Anteile an Hapag Lloyd (420 Mio. Euro) ausgegeben. Diese Ausgaben werden über Kredite finanziert. Es wird also mit großem Tamtam eine »Schuldenbremse« inszeniert und gleichzeitig der bestehende Schuldenberg kräftig aufgestockt.

Dabei beruft sich der SPD-Senat auf eine Regelung, die auch auf Bundesebene gilt: Zahlungen aus dem Erwerb bzw. der Veräußerung von Beteiligungen sowie Darlehensvergaben und Darlehensrückflüsse werden aus den Einnahmen und Ausgaben herausgerechnet, d.h. Mittelbedarfe aus diesen Transaktionen dürfen kreditär finanziert werden, während Mittelzuflüsse zur Absenkung der Kreditaufnahme bzw. zur Tilgung zu verwenden sind. »Politische Gestaltung« im Kernhaushalt heißt demgegenüber Kürzungen beim Personaletat, im Sozialbereich (offene Kinder- und Jugendarbeit) und den Bezirken.

## 6 »Politische Gestaltung« in der sozial gespaltenen Stadt

In Hamburg hat es in den letzten zehn Jahren eine deutliche Verschärfung der sozialen Spaltung gegeben. Die wachsende soziale Polarisierung basiert auf der dem Finanzmarktkapitalismus innewohnenden Tendenz der Senkung der Lohn-einkommen und der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse. Sie schlägt sich ge-samtgesellschaftlich nieder in einer fallenden Lohnquote und einem entspre-chenden markanten Anstieg der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Diese Tendenz kann mit den Mitteln der Landespolitik nicht ausge-hebelt werden. Aber Landespolitik kann mit entsprechenden Akzentsetzungen in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wohnungspolitik und im Bereich der sozialen Infrastruktur durchaus einen Beitrag leisten, um die soziale Spaltung zurückzu-drängen. Diese politische Zielsetzung ist mit der pauschalen Vorgabe einer Aus-gabensteigerung von unter 1% nicht machbar.

Landespolitik  
gegen Armut  
ist möglich

### Armes Reiches Hamburg

Hamburg gehört zu den wenigen Bundesländern, in denen die Quote der von Armut betroffenen BürgerInnen leicht rückläufig ist. (Die SGB II-Quote liegt mit 13,0% allerdings nur knapp unter dem Niveau von 2005.) Die so genannte Ar-mutsgefährdungsquote, die den Anteil der Menschen mit einem Einkommen von weniger als 60% des Durchschnittseinkommens misst, lag 2010 bei 13,0%. Von Armut betroffen sind damit etwa 230.000 BürgerInnen der Stadt, das heißt kaum weniger als 2009 (232.000).

Die Reichen  
werden  
immer  
reicher...

Gleichzeitig ist auf dem anderen sozialen Pol die Zahl der Wohlhabenden, die pro Monat mehr als das Doppelte eines Durchschnittshaushalts zur Verfügung haben, auch in der Wirtschaftskrise und im folgenden Aufschwung weiter ge-stiegen. Mit 12,7% ist der Anteil dieser reichen Haushalte in Hamburg 2009 so hoch wie in keinem anderen Bundesland. Nimmt man deshalb den Landesme-dian als Bezugspunkt für die Berechnung von Armut, liegt Hamburg mit einer Quote von 17,4% armer BürgerInnen auch hier an der Spitze aller Bundesländer. Die Einkommenspolarisierung schreitet also in Hamburg zügig voran.

Während des letzten Wirtschaftsaufschwungs 2005-2007 und auch 2010/2011 ist die Armut leicht zurückgegangen, weil viele Langzeitarbeitslose eine Arbeit gefunden haben – häufig allerdings nur im Bereich der prekären Beschäftigung. So ist die Zahl der Beschäftigten, die ergänzende Hartz IV-Leistungen bezogen haben, kontinuierlich gestiegen. Sie liegt aktuell bei etwa 37.000.

102.000 BürgerInnen sind ausschließlich geringfügig beschäftigt und knapp 30.000 befinden sich in einem Leiharbeitsverhältnis. Insgesamt befinden sich ca. 330.000 Lohnabhängige (über 30%) in einem prekären Beschäftigungsver-hältnis. Über 100.000 BürgerInnen sind ohne Arbeit und suchen einen Job.

In der Wirtschaftskrise ist es zu einem erneuten Anstieg der Zahl der Armen gekommen, auch weil die Firmen oft Menschen mit prekärem Beschäftigungsverhältnis als Erste auf die Straße gesetzt haben. Deshalb hat der SPD-Senat die entsprechenden Haushaltspositionen für Armutsbekämpfung nach oben korrigiert, die der schwarz-grüne Senat chronisch unterschätzt hatte.

Arm sein heißt konkret in Hamburg mit weniger als 903 Euro (Einpersonenhaushalt) bzw. 1.896 Euro (Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren) auskommen zu müssen.

Arm sein hat vielfältige Formen der Diskriminierung zur Folge. Das reicht von der Verdrängung aus aufgewerteten Stadtteilen bis zum Abgekoppelt sein vom gesellschaftlichen Leben, weil das Geld nicht für einen Internetanschluss oder die Fahrkarte in andere Stadtteile etc. reicht.

... die Armen sind diskriminiert ...

Außerdem: Eine wachsende Zahl von Haushalten mit sehr niedrigen Einkommen führt zu einer stärkeren Konzentration dieser Haushalte in den Gebieten der Stadt, in denen die Mietpreise niedrig sind. Das sind unsanierte Viertel in innerstädtischen Altbaugebieten und andere Quartiere mit niedriger Wohnqualität, die ein geringes Sozialprestige haben.

Diese Umsetzung der Einkommens- in eine räumliche Polarisierung der Stadt wird forciert, wenn der belegungsgebundene soziale Wohnungsbau eine immer geringere Rolle spielt – wie das in Hamburg der Fall ist. Statt preisgünstiger Wohnungen haben die diversen Stadtregierungen der letzten 20 Jahre die Aufwertung von bestimmten Quartieren (z.B. Ottensen oder St. Georg – der Prozess wird als Gentrifizierung bezeichnet) gefördert, die vor allem über Mietsteigerungen zu einer Vertreibung vieler BürgerInnen geführt hat.

Dadurch ist es zu einer immer stärkeren räumlichen Konzentration vieler mit sozialen Problemen beladener Haushalte gekommen. Es haben sich Quartiere herausgebildet, denen das Stigma der Armenviertel anhängt. In Wilhelmsburg, Rothenburgsort/Billbrook und Billstedt sind rund 27% der EinwohnerInnen auf Transferleistungen angewiesen. Knapp ein Fünftel aller Hamburger Stadtteile weist EmpfängerInnenquoten von 18% und mehr auf.

... und in bestimmten Quartieren konzentriert

In diesen Quartieren finden wir viele von Armut besonders betroffene Erwerbslose (Armutsgefährdungsquote 2010: 50%), Alleinerziehende mit ihren Kindern sowie MigrantInnen.

## Soziale Stadtteilentwicklung – neuerdings ein Fremdwort

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung wurde noch in den Regierungszeiten von Ole von Beust und dem Rechtspopulisten Schill ein Programm zur Förderung der sozialen Stadtentwicklung aufgelegt. Rund 20 Mio. Euro sollten für Maßnahmen gegen die Vertiefung der sozialen Spaltung sorgen. Mit dem Eintritt der GAL im Jahr 2008 in die Regierung sollte diese integrierte Stadtteilent-

8 wicklung in Kombination mit stadtteilnaher Wirtschafts- und Arbeitsförderung ausgebaut werden.

**Die Mittel für Integrierte Stadtentwicklung werden reduziert ...**

Wer erwartet hätte, dass nun auch der SPD die Bekämpfung der sozialen Spaltung eine Herzensangelegenheit ist, wird bitter enttäuscht. Die Förderung des sozialen Zusammenhalts hat bei der SPD nur mehr eine geringe Bedeutung. Die eh mehr als bescheidenen Mittel werden sogar zurückgefahren. Mit dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) sind die bisherigen Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramme sowie die Programmsegmente der Bund-Länder-Städtebauförderung 2009 unter einem Dach zusammengeführt und gleichzeitig reduziert worden.

### **Ausgaben im Bereich der integrierten Stadtentwicklung in Mio. Euro**

2012	2013	2014	2015	2016	2017
25,9	20,8	20,8	20,8	15,8	15,8

### **Aktive Arbeitsmarktpolitik – Fehlanzeige**

Vor zwei Jahren beschloss die schwarz-gelbe Bundesregierung ein Sparprogramm. Die Hauptbelastungen zur Sanierung der öffentlichen Finanzen tragen dabei die Bereiche Arbeitsmarkt und Sozialpolitik. So wurden die Mittel zur Förderung der Langzeitarbeitslosen faktisch halbiert. Für die Bundesländer hat diese Politik fatale Konsequenzen. So reduziert sich das SGB II-Eingliederungsbudget für Hamburg von 187,6 Mio. Euro im Jahr 2010 auf nur mehr 97,3 Mio. Euro im Jahr 2013. Diese Kürzung der Fördermittel für Langzeitarbeitslose um fast 50% geht weit über den Rückgang der Zahl der Langzeitarbeitslosen hinaus, sodass die Förderleistung pro erwerbsfähigem Hilfeempfänger deutlich sinkt.

**... die Landesmittel für Arbeitsmarktprogramme ebenfalls**

Der Hamburger Senator für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Detlef Scheele hat diese Politik der schwarz-gelben Bundesregierung zwar des Öfteren kritisiert. Faktisch aber werden nach den Haushaltsplanungen des Senats die massiven Kürzungen für den Bereich Arbeitsmarkt durch die schwarz-gelbe Bundesregierung in Hamburg durch den Abbau der Landesmittel ergänzt.

Für Arbeitsmarktpolitik stehen im Haushaltsplan für 2013 und 2014 nurmehr jeweils 31 Mio. Euro zur Verfügung – nach noch 45,9 Mio. Euro im Jahr 2011 (Ist) und 33,8 Mio. Euro 2012 (Plan). Die Zeiten, in denen unter sozialdemokratischen Senatsräten für Hamburger Arbeitsmarktpolitik noch über 100 Mio. Euro zur Verfügung standen, bleiben in Zeiten des »ordentlich Regierens« nostalgische Erinnerung.

Der massive Abbau von Projekten und Ressourcen wird kosmetisch überdeckt: »Mit der Einrichtung von sieben bezirklichen Arbeitsmarkt-Koordinatoren soll die sozialintegrative Aufgabe des sozialen Arbeitsmarktes mit den Bezirks-



ämtern, bezirklichen Einrichtungen und Beschäftigungsträgern koordiniert und im Stadtteil verankert werden.« 9

## Sparschwein Sozialpolitik

Vordergründig plant der Senat eine deutliche Steigerung der Sozialausgaben (Produktbereich Soziales) von ca. 1,3 Mrd. Euro im Jahr 2011 (Ist) auf 1,37 Mrd. Euro 2013 (+5,5%) und 1,41 Mrd. Euro 2014 (+2,6%). Zieht man allerdings die aufwachsenden Zuschüsse des Bundes für Kosten der Unterkunft nach dem SGB II und der Grundsicherung nach SGB XII, Kap. 4 (2013: 314,5 Mio. Euro; 2014: 359,0 Mio. Euro) davon ab, schrumpft der aus Hamburger Mitteln finanzierte Sozialetat. Wurden aus Landesmitteln 2010 dafür noch 1,049 Mio. Euro aufgebracht, sollen es 2014 nur noch 1,000 Mrd. Euro sein.

Im Rahmen seiner Konsolidierungspolitik plant der Senat zudem deutliche Einsparungen bei der Kinder- und Jugendarbeit (-2,5 Mio. Euro pro Jahr), bei der Familienförderung (-1,0 Mio. Euro) und bei einer der wichtigsten Aufgaben der Sozialpolitik, den Hilfen zur Erziehung (alles Positionen aus dem Produktbereich Familie). Im starken Anstieg der Ausgaben für Hilfen zur Erziehung in den letzten Jahren reflektiert sich gerade die wachsende Not vieler Familien (nicht nur) in den genannten Armutsquartieren. Veränderte Lebensformen, die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, eine zunehmende Verarmung und der Abbau der sozialen Infrastruktur (etwa die Schließung von Schwimmbädern, Bücherhallen, Schulen etc.) haben dazu geführt, dass viele Familien nicht mehr in der Lage sind, ihre Kinder angemessen zu betreuen und ihnen eine Perspektive zu geben. Dies betrifft insbesondere die Familien, in denen die Eltern arm und/oder prekär beschäftigt sind.

**Kinder und Jugendliche werden vernachlässigt ...**

**... Schwimmbäder und Bücherhallen geschlossen**

Über die Bezirksverwaltung und »freie Träger« werden Hilfen zur Erziehung und Unterstützung bei der Bewältigung schwieriger Erziehungssituationen organisiert. Leider weisen diese gesetzlichen Leistungen größere Steigerungsraten auf als in einem »Rotstiftshaushalt« zulässig.

## Fallzahl und Kosten Familienunterstützende und -ergänzende Hilfen

	2010	2011	2012	2013	2014
Fallzahl	5.808	5.595	5.690	5.260	5.260
Kosten (in Mio. Euro)	76,8	65,8	69,3	62,8	64,0

2010 und 2011 = Ist, 2012-2014 = Plan

Konsequenz: Übergang zu »Sozialraumorientierten Hilfen und Angeboten«. Sie sind eine finanziell günstigere Alternative zu den herkömmlichen (ambulanten) Hilfen zur Erziehung. Die Umsetzung bzw. der Ausbau der sozialraumorien-

- 10 tierten Hilfen und Angebote dient der frühzeitigen Intervention und Vermeidung aufwändiger Einzelfallhilfen und ist Bestandteil der Umsteuerung der Hilfen zur Erziehung.

## Bezirke – Entkommunalisierung

Schon seit Jahren unterliegen die Bezirke einem starken Konsolidierungszwang. Nimmt man die Daten aus dem im November 2011 endgültig verabschiedeten Doppelhaushalt 2011/2012, sollen die Bezirke allein in den Jahren 2011 und 2012 durch Einnahmeerhöhungen, Personalabbau und Leistungskürzungen Konsolidierungsleistungen in Höhe von 56,1 Mio. Euro erbracht haben bzw. noch erbringen. Das sind etwa 6% ihres Etats.

**Bezirke  
müssen  
drastisch  
sparen**

Und nach der Haushalts- und Finanzplanung des Senats wird es auch in den Folgejahren weitere drastische Einsparungen geben. Mit Blick auf die Schuldenbremse hat er den Bezirken genau vorgegeben, mit wie viel Geld sie in den Jahren 2013 bis 2017 rechnen können. 2013 bekommen alle Bezirke zusammen 445 Mio. Euro, 2014 sind es 449 Mio. Euro. Das sind zwar gut 30 Mio. mehr als noch 2012, aber im Gegenzug sind auch die Anforderungen an die Bezirke gestiegen, etwa bei den Vormundschaften, bei der Wohngeldauszahlung und bei den Allgemeinen Sozialen Diensten (ASD), die sich um Familien in Not kümmern.

Mit diesen Beträgen können die Bezirke ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen. Die Ausgaben liegen um 6 bis 10% oberhalb des zur Verfügung stehenden Betrags. Es geht also um 25 bis 45 Mio. Euro, die eingespart werden müssen.

Um diesem massiven Spardruck gerecht werden zu können, haben die Bezirksamtsleiter ein »Projekt« gegründet, das eng mit der Finanzbehörde abgestimmt ist und den Weg weist, wie die Bezirke ihrer finanziellen Not entkommen wollen und was dabei auf die Bürger zukommen könnte. Dabei steht selbst die Zahl der Bezirksämter zur Disposition. Geprüft werden soll zumindest, welche Aufgaben noch zusammengelegt werden können. Daneben werden weitere Maßnahmen ins Auge gefasst, die auf eine umfassende Verschlechterung des städtischen Dienstleistungsangebots hinauslaufen:

**Personal wird  
abgebaut**

- Personalabbau ohne Aufgabenänderung mit der Folge, dass Bauanträge, Personalausweise oder sonstige Genehmigungen langsamer bearbeitet werden;
- Aufgabenkritik: Angebote werden eingestellt;
- Standardabsenkungen: Leistungen werden nur eingeschränkt erhalten;
- Ausdünnung oder Abbau von Sprechzeitenangeboten;
- Verlagerung von Aufgaben auf Stellen außerhalb der Bezirksämter;
- Rückzug aus der Fläche: Dabei geht es um die Schließung von Kundenzentren wie zuletzt in Stellingen. Nach Aussage eines Bezirksamtsleiters wolle man das möglichst verhindern.

## Soziale Wohnungspolitik – bloßes Wortgeklingel: Schon 5.400 Hamburger sind ohne Wohnung

Bürgermeister Olaf Scholz hat vor seiner Wahl versprochen, bis 2014 jährlich 6.000 neue Wohnungen in der Hansestadt zu schaffen. Von dem selbst gesteckten Ziel ist die SPD-Regierung im Rathaus noch weit entfernt.

Die Erkenntnis, dass Hamburg ein Wohnungsproblem hat, ist nicht neu. Neu sind indes die dramatischen Auswirkungen des altbekannten Problems: Der Mangel an Wohnungen im reichen Hamburg treibt immer mehr Menschen in die Wohnungs- und letztlich in die Obdachlosigkeit. Dabei führt der Bau hochwertiger Eigentumswohnungen, wie sie überall in der Stadt u.a. als Anlageobjekte für Euro-besorgte Bürger entstehen, zu massivem Druck auf den bezahlbaren Wohnraum. Daraus resultiert ein enormer Mangel an preiswerten Wohnungen. Dieser Herausforderung stellt sich der SPD-Senat nicht, trotz großer Ankündigungen.

Von 6.000  
neu gebauten  
Wohnungen  
jährlich ist  
noch nichts  
zu sehen

Wie unernst der Senat den Bau von preiswerten Wohnungen »vorantreibt«, kann an der Entwicklung der Ausgleichszahlungen an die Wohnungsbaukreditanstalt, die sie zur Kompensation von Zinsen und Ausfällen für ihre Kredite im Wohnungsbau erhält, abgelesen werden. Hier ist keinerlei Veränderung geplant.

### Ausgleichszahlungen an die Wohnungsbaukreditanstalt in Mio. Euro

2010 (Ist)	2011 (Ist)	2012 (Plan)	2013 (Plan)	2014 (Plan)
87,83	91,48	86,48	86,79	97,97

\* um die Vergleichbarkeit herzustellen: 2013 ( 24,0 Mio. Euro) und 2014 (29,0 Mio. Euro) inkl. des durch Forderungsverkäufe begründeten Anteils des Verlustausgleichs, der im Haushaltsplan in diesen beiden Jahren im Etat der allgemeinen Finanzverwaltung gebucht ist.

### Stellschraube Personalkürzungen

Mit all diesen Maßnahmen wäre gleichwohl die neue »Schuldenregel« nicht einzuhalten. Konsequenz: Die SPD bedient drei weitere Stellschrauben, um das Kürzungsgebot umzusetzen.

Die größte Stellschraube dieses Haushaltsplans sind die Personalkosten. In die Rechnung eingeflossen sind die Kürzungen bei den Sonderzahlungen und die angepeilte Streichung von jährlich 250 Stellen. »Bei der Veranschlagung der Personalausgaben wurden jährliche Tarif- und Besoldungserhöhungen von 1,5% unterstellt. Der Senat verfolgt auch für den Mittelfristzeitraum bis 2016 das Ziel, den Personalbestand der öffentlichen Verwaltung zurückzuführen. Die Zuwachsraten für die Bezüge der Aktiven liegen daher im Planungszeitraum noch unter 1,5%. (...) Abweichend von der Praxis früherer Jahre sind im Einzelplan 9.2 ab 2013 keine zentralen Verstärkungsmittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen mehr veranschlagt. Sollten die tatsächlich eintretenden Tarif- und Besoldungserhöhungen über 1,5% hinausgehen, so müssen die Mehrausgaben – sowohl

- 12 für Aktive als auch für Versorgungsempfänger – durch Umschichtungen innerhalb der jeweiligen Einzelpläne gedeckt werden.«

Noch im Frühjahr 2012 klang das ganz anders. Da hat sich Bürgermeister Scholz z.B. bei einer Betriebsrätekonferenz in Norderstedt noch für Lohnerhöhungen im Öffentlichen Dienst stark gemacht. Die Arbeitnehmer hätten fast ein Jahrzehnt Lohnzurückhaltung geübt, damit die Wirtschaft Deutschlands Fahrt aufnimmt. »Und jetzt, wo sie Fahrt aufnimmt, wird ihnen gesagt, es ist immer noch nicht der richtige Zeitpunkt für bessere Löhne. Ich sage: Dieser Zeitpunkt ist jetzt gekommen, und das hat auch etwas mit Wertschätzung zu tun.«

**Die Beschäftigten der Stadt sollen kürzer treten**

Nun ist von der Wertschätzung nichts geblieben. Zu Recht kritisieren die Gewerkschaften die Verknüpfung der Abbauverpflichtung bis 2019 mit den Tarifrunden nach dem Motto »Wenn ihr mehr durchsetzt, dann streichen wir im Gegenzug die Stellen« als »besonders perfide«. Sie verweisen darauf, dass weitere Kürzungen im Personalbereich nur um den Preis weiterer unzumutbarer Arbeitsverdichtung und der Verschlechterung der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen möglich ist. »Die Beschäftigten der Freien und Hansestadt Hamburg leisten gute Arbeit und dafür muss es auch gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen geben. Nach 20 Jahren Konsolidierung ist kein Platz für weitere Kürzungen. Jetzt schon arbeiten die KollegInnen an ihrer Belastungsgrenze und die Krankheitsquote, auch Langzeitkrankheit, nimmt stetig zu. In vielen Bereichen können nur noch begrenzt die Aufgaben erfüllt werden. Die Beschäftigten versuchen alles, damit dies für die BürgerInnen noch nicht spürbar wird. Doch irgendwann ist Schluss. Wenn wir die Bedingungen bei der Feuerwehr, der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der SeniorInnenarbeit, die Arbeit in den Bezirken und beim ASD betrachten, dann sind die Umstände für die Kinder und die Familien, die Hamburgerinnen und Hamburger spürbar.« (Siggi Friess, ver.di Landesbezirk Hamburg)

Aber nicht nur im direkten öffentlichen Bereich werden die Beschäftigten als großes Kürzungspotenzial eingesetzt, wobei die Verschlechterung der Erfüllung von gesetzlichen Aufgaben und der Arbeitsbedingungen bewusst in Kauf genommen wird. Auch die freien Träger werden durch unzureichende Ausstattung zu einer entsprechenden Rotstiftpolitik gezwungen.

## **Stellschraube Globale Mehr-/Minderausgaben**

Auf der Einnahme- wie Ausgabenseite des Haushaltsplans gibt es viele »offene Posten«. Auf der Einnahmeseite wurde gegenüber den Annahmen der Steuerschätzung für die Jahre 2014-2016 ein »Vorsichtsabschlag« von kumuliert knapp einer Mrd. Euro vorgenommen, um konjunkturellen Einbrüchen Rechnung zu tragen, was sicher vernünftig ist.

Dann operiert der Senat in seiner Haushaltsplanung für 2013/2014 aber mit globalen Mehr-/Minderausgaben von kumuliert knapp 700 Mio. Euro. Es handelt sich dabei um nicht konkretisierte Mehr- (vor allem Reservefonds für alle möglichen Risiken und politische Vorhaben) und Minderausgaben, die die einzelnen Ressorts durch Sparleistungen und »Effizienzsteigerungen« erst noch erbringen müssen.

### Globale Mehr- und Minderausgaben

	2013	2014
Globale Mehrausgaben		
davon		
Allgemeine zentrale Reserven	50	50
Haushaltsrisiken	29	65
Sanierung, Entschuldung und Rekapitalisierung (z.B. HVF)	189	85
Rückstellung für Schulen	109	110
Sonstige globale Mehrausgaben	53	49
<b>Summe globale Mehrausgaben</b>	<b>510</b>	<b>430</b>
Globale Minderausgaben		
Pauschale Sparvorgaben (»Bewirtschaftung«)	-116	-129
<b>Summe globale Minderausgaben</b>	<b>-122</b>	<b>-136</b>
Saldo aus Mehr- und Minderausgaben	388	294

Hier verfügt der Senat über reichlich Stellschrauben für eine »kreative« Haushaltsführung, die er sich von der Bürgerschaft mit der Verabschiedung des Haushalts pauschal absegnen lässt. Das ist auch verfassungsrechtlich hoch problematisch, weil die Abgeordneten damit Budgets abnicken sollen, deren Zweckbestimmung sie gar nicht kennen. Seriös und demokratisch sieht anders aus.

**»Kreative«  
Haushalts-  
führung ist  
eine Mogel-  
packung**

### Stellschraube Investitionen

Die dritte Stellschraube sind die Investitionen. Sie liegen mit jeweils 850 Mio. Euro in den Jahren 2013 und 2014 und einem Anteil von 7,5% an den bereinigten Gesamtausgaben auf einem historisch tiefen Niveau und sollen bis 2019 noch weiter abgesenkt werden. Der Einwand des Senats: »Bei der Interpretation der Linie der Investitionsausgaben ist zu beachten, dass große und wachsende Teile von Investitionsbedarfen, insbesondere im Schul- und im Hochschulbereich, nicht mehr durch Investitionsmittel des Kernhaushalts, sondern mittelbar – in Form von Mietzahlungen an öffentliche oder private Partner – aus dem Betriebshaushalt finanziert werden.«

Selbst wenn man die von Schulbau Hamburg geplanten Investitionen für Sanierung, Um- und Zubau an den Schulgebäuden in Höhe von 190 Mio. Euro für

- 14 2013 und rund 272 Mio. Euro für 2014 hinzurechnet, bleibt allerdings eine gewaltige Unterfinanzierung allein für den Substanzerhalt des städtischen Vermögens.

Zur Erinnerung: Der Rechnungshof schätzt den Sanierungsstau in Teilbereichen auf 4,7 Mrd. Euro: »Beispiele sind:

- staatliche Schulen mit – nur grob geschätzten – 3 Mrd. Euro,
- sonstige städtische Gebäude mit mindestens 1 Mrd. Euro,
- Hauptverkehrs- und Bezirksstraßen mit rund 400 Mio. Euro,
- Brücken mit rund 100 Mio. Euro,
- wasserwirtschaftliche Infrastrukturanlagen mit rund 200 Mio. Euro sowie
- Grünanlagen, Spielplätze, 15 Gewässer in noch nicht bezifferter Höhe und
- die weitere Sanierung der Sportinfrastruktur, für die die zuständige Behörde bereits 2005 den Investitionsstau für Instandsetzungsmaßnahmen im Rahmen der Sportstättenbedarfsplanung mit 23 Mio. Euro bezifferte. (...)

**Der Sanierungsstau bei Schulen und Sportanlagen ist enorm**

Diese Sanierungsrückstände wachsen weiter an, z.B. allein bei den staatlichen Schulen um jährlich rund 180 Mio. Euro, wenn – wie bisher – nicht ausreichend investiert wird. Hinzu kommen vom Senat angekündigte erhebliche Zubaubedarfe, die nach ersten Schätzungen rund 1,2 Mrd. Euro erfordern sollen.«

Der Senat weiß um diese dramatischen Missstände in Hamburgs öffentlicher Infrastruktur. »Der Abbau des über Jahre gewachsenen Sanierungsstaus in vielen Bereichen der öffentlichen Infrastruktur hat für den Senat hohe Priorität. (...) Über lange Zeiträume aufgelaufene Sanierungsrückstände lassen sich unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht mit einem Schlag und auch nicht in wenigen Jahren aufholen. Aber auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen lassen sich Fortschritte erzielen, wenn man Arbeitsmethoden verbessert, das Gebäudemanagement professionalisiert, die Kostenkontrolle bei öffentlichen Bauvorhaben stärkt, Bedarfe genauer erhebt und Prioritäten sorgfältig setzt.«

Dem soll mit dem »Sanierungsprogramm 2020« Rechnung getragen werden. Vorgestellt werden im Finanzplan dazu »wesentliche« Sanierungs- und Instandsetzungsaufgaben in den Einzelplänen und Prioritäten für den Haushalt 2013/2014. Statt einer Bilanz von Soll-/Ist-Stellungen von Sanierungsbedarfen in den verschiedenen Bereichen der städtischen Infrastruktur wird eine Aufzählung von Einzelmaßnahmen gegeben, die der Verunklarung dienen.

Beispiel Grünanlagen. Hier moniert der Rechnungshof: »Im Haushalt 2010/2011 fehlen für eine bedarfsgerechte Unterhaltung der Grünanlagen jährlich rund 16,6 Mio. Euro.« Hier sieht der Haushaltsplan für 2013 19,3 Mio. Euro und für 2014 21,8 Mio. als Rahmenezuweisung an die Bezirke vor. Das sind selbst nach der Berechnung der Behörde 7-8 Mio. Euro zu wenig, um den weiteren Verfall zu verhindern. Auch bei Schulgebäuden und beim Straßennetz kann von einem Aufholen des Sanierungsstaus keine Rede sein. Unterm Strich setzt sich auch unter dem SPD-Senat der Verfall der städtischen Infrastruktur fort.

Als der frühere erste Bürgermeister, Ole von Beust, sein Herz für »Haushaltswahrheit und -klarheit« entdeckte und 2010 ein Konsolidierungsprogramm für Hamburg vorgelegt hat, war darin u.a. vorgesehen, dass die öffentlichen Unternehmen einen jährlichen Beitrag von 50 Mio. Euro an den Haushalt abführen sollten. Wie sich dann herausstellte, sollte dieser Überschuss bei den öffentlichen Unternehmen vor allem durch Manipulation an den Altersrückstellungen »erzeugt« werden. Der Vorschlag ist dann jedoch sang- und klanglos einkassiert worden – auch weil die städtischen Unternehmen (im Saldo) wachsenden Zuschussbedarf haben, also den Haushalt belasten.

**Städtische Unternehmen haben Zuschussbedarf...**

So muss der Finanzsenator der HGV seit 2009, als sie noch einen Überschuss von 27 Mio. Euro ausweisen konnte, einen wachsenden Zuschuss für den Verlustausgleich überweisen. Das waren im Jahr 2011 schon 69 Mio. Euro und werden laut Finanzplan 2013 und 2014 etwa 90 Mio. Euro sein. Dabei ist in dieser Rechnung noch unterstellt, dass Hapag Lloyd in diesen beiden Jahren 35 Mio. Euro an Gewinn abführt. Hinzu kommt die wachsende Zinsbelastung der HGV durch die Kredite, die für den Kauf der Anteile an den Energienetzen und an Hapag Lloyd aufgenommen werden mussten. Die Belastung für den Haushalt wird also ganz sicher noch steigen.

Für die HGV von Bedeutung ist auch, dass sie noch Aktien an der HSH Nordbank mit möglichem Abschreibungsbedarf hält. Das gilt selbstverständlich auch für die hsh finanzfonds AöR, die für Hamburg und Schleswig-Holstein die Anteile an der Landesbank verwaltet. So ist zwar das Volumen der Gewährträgerhaftung von 65 Mrd. Euro im Jahr 2005 auf aktuell 35 Mrd. Euro und das Gesamtvolumen des Portfolios, für das die AöR mit noch sieben Mrd. Euro Garantien (»Sunrise-Garantie«) haftet, von 189 Mrd. Euro auf 92 Mrd. Euro zurückgegangen, aber selbst der Senat will nicht ausschließen, dass hier noch gewaltige Haushaltsrisiken lauern: »In dem bestehenden schwierigen Umfeld der Schiffs- und Finanzmärkte ist weiterhin nicht ausgeschlossen, dass beim Portfolioabbau endgültige Verluste in einer Höhe eintreten, die zur Inanspruchnahme der Sunrise-Garantie führen.« Hinzu kommt, dass der Stückpreis pro HSH-Aktie mit 13,20 Euro immer noch deutlich überbewertet in den Büchern steht.

**... und die HSH Nordbank ist noch immer volatil**

Die kritische Situation der HSH Nordbank mit den Schiffsfinanzierungen und auch die Situation von Hapag Lloyd versprechen für die Zukunft der maritimen Wirtschaft in Hamburg und für den Hamburger Haushalt wenig Gutes. Wegen seiner Passivität in Sachen Umstrukturierung der Hamburger Wirtschaft hat der SPD-Senat seinen Anteil an der Vergrößerung der Risiken.

**Die maritime Wirtschaft bleibt ein Krisenfaktor**

## 16 Ausblick

Beim Doppelhaushalt wird massiv gekürzt. Die sozialdemokratische »Gestaltung« ist eine einseitige Operation. Sparopfer bringen vor allem

- das Personal im öffentlichen Bereich;
- die BürgerInnen in den sozial benachteiligten Stadtteilen;
- all jene, die auf Fortbildung ihrer Arbeitskraft oder einen sozialen Arbeitsmarkt angewiesen sind.

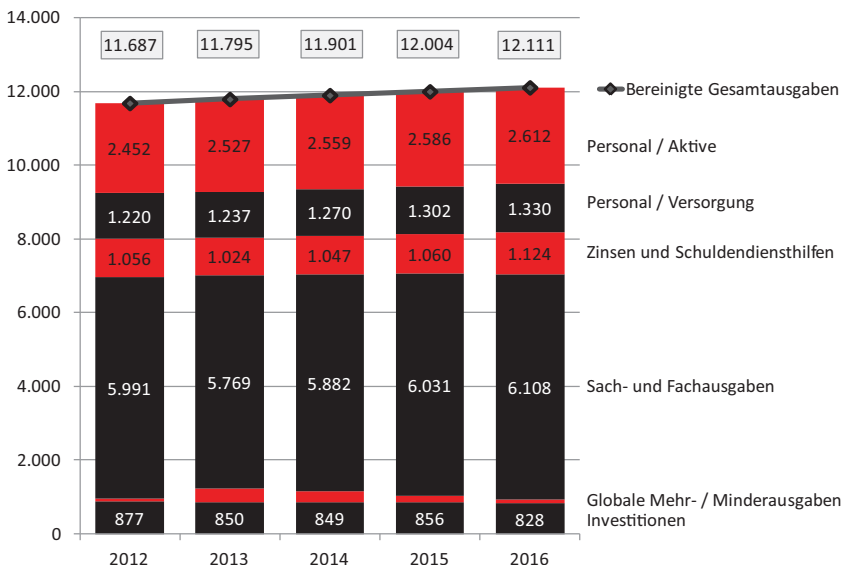
Betroffen von dieser Kürzungspolitik ist aber auch die öffentliche Infrastruktur, denn auf Grünanlagen, Sportplätze, Straßen etc. sind alle BürgerInnen angewiesen. Der Investitions- und Sanierungsrückstau wird verschärft.

**Der Sparkurs  
bedeutet  
Rotstiftpolitik**

Der Sparkurs wird in den nächsten Jahren Verwüstungen hervorbringen. Eigentlich müssten die gesetzlichen Ausgaben – abgesehen von steigenden Fallzahlen oder einem Reparaturstau – im selben Maße wachsen wie die allgemeine Preissteigerung. Wer die Ausgabensteigerung auf knapp 1% begrenzt, betreibt also Rotstiftpolitik.

Gleichzeitig organisiert sich der SPD-Senat durchaus finanzpolitische Handlungsspielräume neben (siehe Kauf der Anteile an den Energienetzen und an Hapag Lloyd) wie auch im Haushalt selbst. Das betrifft vor allem die globalen Mehr- und Minderausgaben, die sich für 2013/2014 auf fast 700 Mio. Euro sum-

### Bereinigte Gesamtausgaben nach Arten, 2012 bis 2016 (in Mio. Euro)



Quelle: Freie und Hansestadt Hamburg, Finanzbericht 2012/2014, S. 25



mieren. Anstatt diese Mittel an der Bürgerschaft vorbei für nicht näher ausgewiesene Zwecke zurückzuhalten, könnten sie genutzt werden, um

- den Personalabbau im Öffentlichen Dienst zu stoppen und die drohende Verschlechterung bzw. den Wegfall öffentlicher Dienstleistungen etwa bei den Bezirken zu verhindern;
- die nicht zu verantwortenden Kürzungen von Sozialleistungen (etwa bei der Kinder- und Jugendhilfe oder den Hilfen zur Erziehung) zurückzunehmen;
- in der Arbeitsmarktpolitik die Diskriminierung der Langzeitarbeitslosen zu mildern;
- ausreichend preiswerte Wohnungen zu bauen;
- einen Investitionsplan für die öffentliche Infrastruktur zu entwickeln, der den Sanierungsstau mindert und gleichzeitig den dringenden Umbau der Hamburger Wirtschaft (weg von der einseitigen Abhängigkeit vom Hafen) anstößt.

Nimmt man noch die Mittel hinzu, die Hamburg durch die Übernahme der Kosten der Grundsicherung spart (2013/2014 immerhin 325 Mio. Euro), ließe sich so fast haushaltsneutral ein Programm auf den Weg bringen, das die soziale Spaltung mildert, die öffentlichen Dienstleistungen erhält und durch Investitionsimpulse die regionalen Wirtschaftskreisläufe stärkt. Das ist um so notwendiger als die sich zuspitzende Finanzkrise und der wirtschaftliche Abschwung, der jetzt auch Deutschland erfasst hat, die Stadt vor große Herausforderung stellen.

Der Haushaltsentwurf des SPD-Senats dagegen wirkt prozyklisch und schwächt über die Senkung der Einkommen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten und der Sozialleistungen die regionalen Wirtschaftskreisläufe. Durch die Beschneidung der Investitionen wird der Verfall der städtischen Infrastruktur noch beschleunigt und der dringend notwendige Umbau der Hamburger Wirtschaft blockiert.

**Der Doppelhaushalt schwächt die regionale Wirtschaft**

Vor allem aber: Die mantraartige Beschwörung des Ziels eines ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2019 kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Nullverschuldung auf diesem Weg ganz sicher verfehlt wird. Einmal abgesehen davon, dass sich der Senat nicht davon abhalten lässt, neben dem Haushalt im großen Stil neue Kredite aufzunehmen (z.B. für Hapag Lloyd), untergräbt die einseitig auf Ausgabenkürzung ausgerichtete Konsolidierungspolitik die Hauptquelle der Staatseinnahmen, die Steuern, was zu immer neuen Anpassungsrunden zwingen wird.

Ohne neue Prioritätensetzung auf eine Verbesserung der Einnahmen wird es weder einen ausgeglichenen Haushalt noch genügend Mittel für notwendige Investitionen in die Zukunft der Stadt geben. Das betrifft auf Landesebene vor allem die Verbesserung des Steuervollzugs, den der SPD-Senat wie die Vorgängerse-nate hartnäckig vernachlässigt. Das betrifft auf Bundesebene eine umfassende Reform der Steuergesetzgebung, die auch für Hamburg zu einer durchgreifenden Verbesserung der Finanzsituation führen würde. Allein die Wiedereinführung der Vermögensteuer (Millionärssteuer) würde je nach Ausgestaltung zu jährlichen Mehreinnahmen von mindestens einer Milliarde Euro führen.

18 Die Haushalts- und Finanzpolitik des SPD-Senats ist von »vernünftigen und gutem Regieren« weit entfernt. Durch das Diktat der »Schuldenbremse« und die Weigerung, der Einnahmeseite eine politische Priorität einzuräumen (Steuervollzug, Vermögenssteuer), wird die Anhäufung von weiteren Krediten keineswegs blockiert und eine demokratische Debatte und Auseinandersetzung über politische Alternativen be- oder gar verhindert.

**Eine andere Steuerpolitik ist möglich**

### Mehreinnahmen Steuerkonzept DIE LINKE

Steuer	Milliarden Euro
Millionärssteuer	+ 80
Erbschaftssteuer	+ 7
Unternehmensbesteuerung	+ 35
Gemeindefinanzierungssteuer	+ 7
Finanztransaktionssteuer	+ 27*
Steuervollzug und Steuerhinterziehung	+ 15
Bekämpfung Extraprofite aus Emissionshandel	+ 4
Mehrwertsteuer	- 12
Kerosin-, Schiffsbenzinsteuer	+ 4
Bankenabgabe	+ 10
Einkommensteuer	- 11
Zinsabschlag	+ 5
<b>Saldo Mehreinnahmen</b>	<b>+ 171</b>

\* Davon 13,5 Mrd. Euro für Klimaschutz und internationale Armutsbekämpfung  
Quelle: Axel Troost, MdB für DIE LINKE

## Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD)

Der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) ist Teil der Hamburger Bezirksämter. Zu seinen Aufgaben gehört es, Kinder vor Gefährdungen zu bewahren und Eltern bei der Erziehung zu beraten und zu unterstützen. Bei Bedarf bewilligt er weitergehende erzieherische Hilfen oder vermittelt an andere kompetente Stellen.

## Chancenbudget

Soweit die Bezirksämter Einsparleistungen für Senatsbehörden erbringen, können die Bezirke – um deren Sparfreudigkeit zu erhöhen – künftig am so genannten Chancenbudget teilhaben.

## Finanzrahmengesetz

Die Einschränkung des Budgetrechts im Rahmen der Schuldenbremse in der Hamburger Landesverfassung soll in einem Finanzrahmengesetz konkretisiert werden. Das ist bislang nicht erfolgt.

## Fiskalpakt/EFSF/ESM

Der Fiskalpakt soll die Einführung von Schuldenbremsen und mehr Haushaltsdisziplin in allen EU-Ländern vorschreiben. Das Abkommen mit der offiziellen Bezeichnung »Vertrag für Stabilität, Koordination und Regierungsführung« soll eine Wiederholung der Schuldenkrise verhindern. Angestrebt werden nahezu ausgeglichene Haushalte. Verschuldet sich ein Staat zu sehr, wird automatisch ein Defizitverfahren ausgelöst. Sanktionen können anders als bisher nur von einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Finanzminister gestoppt werden. Zudem soll das Sparpaket mit dem ESM verknüpft werden. ESM-Hilfen sollen nur die Euro-Länder erhalten, die auch den neuen Pakt unterzeichnet haben. Weiteres Element des Schuldenmanagements ist die Europäische Finanzstabilitätsfazilität, kurz EFSF. Diese war als Provisorium bzw. als vorläufiger Stabilisierungsmechanismus im Juni 2010 gegründet worden und sollte im Juni 2013 auslaufen. Die Ausstattung beträgt etwa 700 Millionen Euro, wird aber wohl eine gewisse Zeit parallel zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) existieren müssen. Dieser soll als Institution die Zahlungsfähigkeit der europäischen Mitgliedsstaaten und der Banken sichern helfen, anfänglich mit einer Kapitalausstattung ebenfalls von etwa 700 Mio. Euro (noch nicht vollständig eingezahlt).

## Gebühren

Gebühren sind die Vergütungen, die von den BürgerInnen für öffentliche Leistungen oder für die Benutzung von öffentlichen Einrichtungen erhoben werden.

## 20 **Gentrifizierung**

Der aus der Stadtsoziologie kommende Begriff beschreibt sozio-ökonomische Umstrukturierungsprozesse in städtischen Wohngebieten. Sie laufen nach typischen Mustern ab: Wegen niedriger Mietpreise wie zunehmend attraktiver Lage werden einzelne Stadtteile für »Pioniere« (Studenten, Künstler, Subkultur) interessant. Diese werten die Stadtteile durch kulturelle Aktivitäten auf und setzen einen Verdrängungsprozess in Gang. Künstler etablieren sich und bringen weitere Interessenten in die Stadtteile. Studenten steigen ins Berufsleben ein, verdienen mehr Geld als zuvor und gründen Familien, womit ihre Wohnflächenansprüche zunehmen. Insofern hängt Gentrifizierung also nicht immer vom Zugang neuer Bewohner ab. Investoren sehen Chancen zur Wertsteigerung, Häuser und Wohnungen werden (teils systematisch) aufgekauft und restauriert, Szene-Clubs und Lokale entstehen – es steigen die Mieten und finanziell schwache Alteingesessene werden zunehmend vertrieben. Die Bevölkerungsstruktur und der Charakter der Viertel wandeln sich.

### **Gewährträgerhaftung**

Bis 2005 gab es eine kommunale Gewährträgerhaftung für die Sparkassen und die Gewährträgerhaftung für Landesbanken. Sie besagt, dass Gläubiger einen Anspruch auf Erfüllung ihrer Forderungen durch den jeweiligen Anstaltsträger (z.B. Kommune oder Bundesland) haben, falls die öffentlich-rechtliche Kreditanstalt die Forderungen nicht mehr befriedigen kann. Sie verschafft den begünstigten Kreditinstituten allerdings Wettbewerbsvorteile, etwa bei den Refinanzierungskosten wegen der relativ guten langfristigen Ratings im Vergleich zu privaten Banken. Dieser Vorteil ist mit Wirkung vom 18. Juli 2005 entfallen, weil die EU-Kommission dagegen geklagt und Recht bekommen hatte. Während einer Übergangszeit vom 19. Juli 2001 bis zum 18. Juli 2005 fielen neue Verbindlichkeiten noch unter die Gewährträgerhaftung, sofern sie nicht nach dem 31. Dezember 2015 fällig werden. Das Volumen der Gewährträgerhaftung, für das Hamburg und Schleswig-Holstein für Verbindlichkeiten der HSH Nordbank geradestehen, ist von 65 Mrd. Euro im Jahr 2005 auf aktuell 35 Mrd. Euro zurückgegangen – stellt aber immer noch eine Bedrohung für die Länderhaushalte dar.

### **Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (HGV)**

Die HGV ist die Konzernholding der Freien und Hansestadt Hamburg, in der ein großer Teil der öffentlichen Unternehmen und weitere Beteiligungen gebündelt sind. Auch die Beteiligung der Stadt an Hapag Lloyd wird über die HGV abgewickelt. Zu ihrem Beteiligungsportfolio gehören außerdem die meisten von Polizei und Feuerwehr sowie von den hamburgischen Museumsstiftungen genutzten Immobilien.

## **Hamburgischer Versorgungsfonds (HVF)**

Im November 2006 wurde der Landesbetrieb Krankenhäuser Hamburg Immobilien – AöR in »Hamburgischer Versorgungsfonds« – AöR (HVF) umbenannt. Seine Hauptaufgabe besteht in der Sicherung der Altersversorgung der Beschäftigten in früheren öffentlichen Unternehmen, die dann (teil-)privatisiert wurden. Als Vermögen erhielt der HVF neben der Beteiligung an Asklepios unter anderem Anteile der Stadt an direkt gehaltenen Aktien der HSH Nordbank AG. Wegen deren Desasters musste der HVF den Buchwert seiner Beteiligung an der Landesbank bis heute um etwa eine Mrd. Euro abschreiben. Der HVF ist faktisch pleite und kann die Altersversorgung der Beschäftigten nicht mehr gewährleisten. Seit 2010 muss die Stadt den HVF deshalb mit Zuschüssen von mehreren hundert Mio. Euro unterstützen.

## **Kernhaushalt**

Als Kernhaushalt bezeichnet man die/das für die Kernverwaltung einer öffentlichen Gebietskörperschaft erstellte Haushaltssatzung/-gesetz inklusive Haushaltsplan. Ausgelagerte Einheiten (Anstalten öffentlichen Rechts, Öffentliche Unternehmen, Sondervermögen) werden bei der Erstellung als solche nicht einbezogen, sondern finden lediglich indirekt Eingang in den Kernhaushalt (z.B. erwarteter Gewinn/Verlust eines Eigenbetriebs). Die Kernhaushalte bilden nach der Schuldenstatistik zusammen mit den Extrahaushalten den so genannten öffentlichen Gesamthaushalt.

## **Median(einkommen)**

Das Median- oder mittlere Einkommen bezeichnet in der Statistik die durchschnittliche Einkommenshöhe, die eine Person oder Personengruppe erhält. Es wird ermittelt, indem die Menge der Personen in zwei gleich große Hälften geteilt wird, die Hälfte der reicheren Personen und die der ärmeren Personen. Das mittlere Einkommen bildet die Situation von Armut und Reichtum in einer Gesellschaft besser ab als das Durchschnittseinkommen, das gerne herangezogen wird, um gesellschaftliche Missstände zu verdecken.

## **Public Private Partnership (PPP)/Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP)**

Wegen der klammen öffentlichen Kassen wird auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene die Erfüllung staatlicher Aufgaben zunehmend über PPPs bzw. ÖPPs organisiert. Dabei übernimmt ein privater Investor den Bau und die Unterhaltung z.B. von Schulen oder Straßen. Dafür erhält er in der Regel über einen Zeitraum von 25-30 Jahren ein festes Leistungsentgelt. Das sichert ihm die Rendite. Unterm Strich rechnen sich diese ÖPPs für den Staat nicht. Sie binden zudem über lange Zeiträume öffentliche Mittel, die für andere Zwecke fehlen. In Hamburg werden z.B. der Bau der Elbphilharmonie und das Modell Hamburg Süd als ÖPP-Projekt abgewickelt.

## 22 **Öffentliche Unternehmen und Beteiligungen**

Hamburg hat – trotz der Privatisierungen in den letzten beiden Jahrzehnten – immer noch einen bedeutenden Sektor öffentlicher Unternehmen. Er umfasst 331 Unternehmen bzw. Unternehmensbeteiligungen mit mehr als 52.000 Beschäftigten in den Bereichen Ver- und Entsorgung, Luftverkehr, Hafen, Öffentlicher Personennahverkehr, Kreditwirtschaft, Wohnen, Projektentwicklung, Gesundheit, Kultur, Soziales und Wissenschaft (siehe auch HGV).

### **Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE)**

Mit dem RISE vom 21. Juli 2009 wollte der schwarz-grüne Senat die Grundlagen für die Stabilisierung in Stadtteilen mit besonderem Handlungsbedarf verbessern. Die gebietsbezogenen Anstrengungen aller Fachbehörden und Bezirksämter sollten gebündelt werden, um die Probleme in den Stadtteilen schneller zu erkennen und mit beteiligten Akteuren vor Ort Lösungen umzusetzen. Die wortreich angekündigten Maßnahmen zur Bekämpfung der sozialen Spaltung hatten allerdings wegen der völlig unzureichenden finanziellen Ausstattung kaum Effekte.

### **Schattenhaushalt**

Mittel, die aus der üblichen Buchhaltung (Kernhaushalt) in Bereiche verschoben werden, die nicht einfach einzusehen sind. Wegen des negativen Beiklangs wird lieber von »Sondervermögen« gesprochen, obwohl »Sonderschulden« treffender wäre. Auch Hamburg hat seine Schattenhaushalte, z.B. das Sondervermögen Hafen und Stadt, über das am Parlament vorbei die Organisation und Finanzierung der Hafencity abgewickelt wird. Bis heute ist nicht klar, wie viel Geld diese die Stadt kosten wird. 2011 und 2012 wurden dem Sondervermögen knapp 460 Mio. Euro überwiesen, damit es seine Schulden begleichen kann. Ein weiteres Sondervermögen ist Schulbau Hamburg (SBH). Diese ist neuerdings verantwortlich für die Bewirtschaftung, Unterhaltung und Sanierung der Hamburger Schulen.

### **Schuldenbremse**

Instrument zur Begrenzung der Neuverschuldung eines öffentlichen Haushaltes, wirkt ausschließlich auf die Ausgabenseite eines Staatshaushaltes. Mittlerweile sowohl im Grundgesetz als auch in der Landesverfassung Hamburgs verankert. Ziel dieses Instrumentes soll sein, den Bundeshaushalt bis 2016 und die Haushalte der Länder bis 2020 ausgleichen zu können. Seit dem 1. Januar 2010 überwacht der Stabilitätsrat die Haushaltsführung des Bundes und der Länder.

### **SOZ**

Im Sozialgesetzbuch (SGB I-XII) ist das bundesdeutsche Sozialrecht fixiert.

## Staatsverschuldung (Ursachen)

Vielfach wird behauptet, hohe Staatsausgaben wären die Ursache für die hohe Staatsverschuldung. Dieses Argument entbehrt jeglicher Grundlage. Faktisch ist das Gegenteil der Fall. Seit Jahren findet in Deutschland eine zurückhaltende Ausgabenpolitik statt, nominal stiegen die Ausgaben pro Jahr um lediglich 1,4%, real hatten wir in Deutschland sogar einen Rückgang von 0,2%. Diese Zahlen sind im europäischen Vergleich weit unterdurchschnittlich. Nüchtern betrachtet, gibt es zwei zentrale Faktoren für den derzeit unbestritten hohen Schuldenstand: Stützungsmaßnahmen für Banken und entsprechende Wirtschaftsförderprogramme seit Einsetzen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007ff. und die falsche Politik umfangreicher Steuersenkungen (seit 2000) für Besserverdienende, Vermögensbesitzer und Unternehmen (Einnahmeverluste ca. 490 Mrd. Euro).

## Steuern/Steuervollzug

Steuern sind die Haupteinnahmequelle für Bund, Länder und Gemeinden und das wichtigste Instrument zur Finanzierung ihrer Aufgaben. Sie sind eine öffentlich-rechtliche Abgabe, der keine bestimmte staatliche Leistung gegenübersteht und die zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs ohne Ansehen der Person alle zahlen müssen, die steuerpflichtig sind. Abgaben im engeren Sinne müssen hingegen aufgabenbezogen und zweckgebunden verwendet werden. Die Bundesregierungen der letzten 20 Jahre haben vor allem durch die Senkung der Einkommens- und Unternehmenssteuern die Vermögenden und Unternehmen begünstigt und die öffentlichen Kassen geleert. Durch die seit 1996 durch das Bundesverfassungsgericht ausgesetzte Vermögenssteuer wurde den Bundesländern zudem eine wichtige Einnahmequelle genommen. Wichtige Landes- und Kommunalsteuern wie Grunderwerbs- und Grundsteuer müssten auch dringend reformiert werden, weil sie in ihrer derzeitigen Ausgestaltung einseitig den Immobilienbesitz begünstigen. Beim Steuervollzug wird vielfach das Prinzip der Steuergerechtigkeit verletzt. Durch die schlechte Personalausstattung sind die Steuerverwaltungen oft nicht in der Lage, das Steuerverhalten vor allem von Reichen und Unternehmen in ausreichendem Umfang zu kontrollieren.

## Transferleistungen

Zu den staatlichen Transferleistungen zählen das Arbeitslosengeld II (Hartz IV), die Sozialhilfe, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Ausbildungshilfen (BAföG), das Eltern- und Kindergeld, das Wohngeld und früher die Eigenheimzulage. Die Arbeitslosen-, Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sind keine Transferleistungen, da in sie eingezahlt wird. Dennoch gibt es auch innerhalb der Versicherungen einzelne Elemente der Umverteilung. So erhält in der gesetzlichen Krankenversicherung jeder Versicherte dieselbe Gesundheitsleistung unabhängig von der Höhe seiner Einzahlung, auch werden Personen ohne eigenes Einkommen beitragslos mitversichert.

Kontakt:

## **Fraktion DIE LINKE**

in der Hamburgischen Bürgerschaft

Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg

Telefon: 040/42831-2250

Telefax: 040/42831-2255

E-Mail: [info@linksfraktion.hamburg.de](mailto:info@linksfraktion.hamburg.de)

[www.linksfraktion-hamburg.de](http://www.linksfraktion-hamburg.de)

**DIE LINKE.**

**Fraktion** in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

Redaktionsschluss: 30. August 2012

Satz & Layout: Gerd Siebecke

Titelgestaltung: Hermann von Prüssing

Druck: Idee, Satz & Druck, Hamburg